

Zur Diskussion über eine Bauplanung für das Flensburger Ostufer:

WIR LASSEN UNS NICHT ÜBER DIE HAFENKANTE ZIEHEN!

Chancen für öffentlich geförderten Wohnraum am Ostufer nutzen!

DIE LINKE fordert eine klare Zusage für öffentlich geförderten Wohnraum auch am Ostufer. Dort sollten **mindestens 50% Sozialwohnungen** gebaut werden, um endlich eine Wende für bezahlbaren Wohnraum zu erreichen. Mit Sozialwohnungen in dieser Lage darf nicht getrickst werden – durch so genannte „Kooperationsverträge“, bei denen eine soziale Förderung von Neubauwohnungen mit schon bestehenden Wohnungen in anderen Stadtteilen getauscht wird. **Bezahlbare Sozialwohnungen muss es überall geben, auch und gerade am Ostufer!**

Den Wirtschaftshafen auf dem Ostufer belassen und „neu denken“!

DIE LINKE fordert: Der Wirtschaftshafen am Ostufer darf kein Spielball für private Bauinvestoren werden. Es ist nicht zu akzeptieren, ihn ans Westufer zu verlegen, nur damit private Bauinvestoren sich auf dem Ostufer ungehindert „austoben“ können. Dadurch würde lediglich die Neustadt über Gebühr belastet werden, denn dort fehlt eine passende Verkehrsinfrastruktur für den Lieferverkehr. Sie muss von zusätzlicher Lärm- und Abgasbelastung freigehalten werden. Vielmehr muss der Osthafen den Verhältnissen angepasst und gegebenenfalls überplant werden.

Vergabe von Bauland nur mit transparenten Erbpacht-Verträgen!

DIE LINKE fordert: Die Chance für einen neuen, sozial gestalteten Stadtteil am Ostufer ist zu wertvoll, als dass mit städtischem Grund und Boden versteckte Deals mit profitorientierten Investoren gemacht werden darf. Deshalb brauchen wir **eine offene, einwohnerorientierte Bauplanung**. Denn wir müssen den zukünftigen Generationen und der Kommunalpolitik die Möglichkeit geben, weiterhin Entscheidungsträger zu sein. Nur über transparente (!) Erbpacht-Verträge kann eine solche öffentliche Kontrolle gewährleistet werden.

Wir brauchen Zeit: Ostufer-Beschluss nicht übereilt durchpeitschen!

DIE LINKE fordert: Eine **Neuplanung des Ostufers muss nachvollziehbar und mit einem ausreichenden Zeithorizont geschehen**. Im Sinne einer sozialen und transparenten Planung dürfen im Rat keine übereilten Beschlüsse getroffen werden. Die Stadt würde damit einem Risikogeschäft zustimmen und ihre Mitgestaltung in Gefahr bringen. Die Bevölkerung, aber auch die Kommunalpolitik muss an der Planung ausreichend beteiligt bleiben. Notwendige Fördermittel können nach Auskunft der Landesregierung auch später noch beantragt werden.

**FÜR GARANTIERT BEZAHLBARES WOHNEN!
FÜR EINE SOZIALE STADT – auch am Ostufer!
...weil es um ALLE Menschen geht!**